

Marzahn- Hellersdorf *links*

32. Jahrgang / März 2022

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

»Dieser Krieg ist eine Zäsur, auch für uns als Linke.«

Erklärung zum Abstimmungsverhalten nach § 31 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages von Amira Mohamed Ali, Jan Korte, Susanne Hennig-Wellsow, Janine Wissler:

Der von Präsident Putin befohlene russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein verbrecherischer

Dieser linke Internationalismus war nie solidarisch mit Autokraten wie Putin. Die Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die sich gegen die russische Armee wehren. Sie gilt denjenigen, die desertieren, und denjenigen, die gegen alle Repressionen in russischen Städten gegen den Krieg demonstrieren.

gekündigt, ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden EUR für die Bundeswehr aufzulegen und zugleich angekündigt, die Erhöhung des Verteidigungsetats, also die Aufrüstung in Höhe von 2 % der deutschen Wirtschaftsleistung, grundgesetzlich verankern zu wollen. Das bedeutet eine in der Bundesrepublik beispiellose Aufrüstung

und Militarisierung.

Mit diesen Ankündigungen des Bundeskanzlers ändern sich die Grundlagen des Mehrheitsantrags, der heute zur Abstimmung steht. Die Linksfraktion teilt die Auffassung der anderen demokratischen Fraktionen des Bundestages, dass Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste zu verurteilen ist. Die Invasion muss sofort beendet und die Soldaten zurückgezogen werden. Wir haben diesen Feststellungsteil in einem eigenen Entschließungsantrag vollständig übernommen.



Akt. Nichts rechtfertigt diesen Völkerrechtsbruch. Wir verurteilen das Handeln der russischen Regierung ohne Wenn und Aber aufs Schärfste. Dieser Krieg ist eine Zäsur, auch für uns als Linke. DIE LINKE sieht sich historisch in der Tradition derjenigen Sozialist:innen in Europa und weltweit, die vor über 100 Jahren gegen die kriegerischen Verheerungen und nationalistischen Verirrungen auftraten. Sie sieht sich in der Tradition der Entspannungspolitik. Sie sieht sich ebenso in der Tradition des linken Internationalismus.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Linksfraktion im Deutschen Bundestag hat sich ihr Abstimmungsverhalten nicht leicht gemacht. Sanktionen gegen Putin, die Oligarchen und die russische Rüstungsindustrie sowie weitere Maßnahmen, die Russlands Staatsspitze wirksam treffen, finden unsere Zustimmung. Sanktionen, die aber die breite, arbeitende Bevölkerung treffen, lehnen wir ab.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bundeskanzler hat heute in seiner Rede an-

men. Unser Antrag lehnt im Gegensatz zum Mehrheitsantrag Waffenlieferungen und Aufrüstung ab. Einer grundgesetzlich festgelegten Aufrüstung Deutschlands, wie es der Antrag der anderen Fraktionen vorsieht, müssen wir aber eine klare Absage erteilen.

Die Mitglieder der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Amira Mohamed Ali, Jan Korte, Susanne Hennig-Wellsow, Janine Wissler

27. Februar 2022

Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

Schlammige Voraussetzung

Tatsachen fälschende Ideologie würde nicht aus ihrem Erdloch kriechen ohne abscheulichen Hang zur Machtgier

Jürgen Riedel

*Wollen Sie **Marzahn-Hellersdorf links** regelmäßig lesen? Dann teilen Sie uns Ihren **Abowunsch** mit an: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de mit Betreff: MaHeli-Abo oder per Telefon: 030 5412130*

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Stoppt den Krieg! / Macht mit!

Seite 3: Petra Pau: Vernunft statt Militär / Prof. Dr. Gerhard Trabert

Seite 4: Neues aus Marzahn-Mitte / Schleipfuhl und Feldweiher ökologisch aufwerten

Seite 5: Linke Politik im EU-Parlament / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Berlin zieht an

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV-Berichte vom 10. und 24. Februar 2022
- Liebensteiner Promenade ...
- Öko-Toilette für Spielplatz

Angriff auf die Ukraine: Stoppt den Krieg!

Putins Truppen greifen die Ukraine an. DIE LINKE stellt sich gegen diesen Angriff. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange unter dem Kampf um Einflussphären leiden – und nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen sind.

In den letzten Jahren hat die NATO mit ihrer Aufrüstung und ihren Erweiterungsplänen zur Eskalation beigetragen. Aber: die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Angriff russischer Truppen sind keine »Friedensmission«, sondern völkerrechtswidrig und Akte des Militarismus. Putin hat deutlich gemacht, dass er einen aggressiven Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen.

Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen wiederhergestellt werden. Die Menschen dürfen nicht mehr zum Spielball geopolitischer Interessen gemacht werden. Wir müssen aus der Eskalationsspirale ausbrechen – von ihr profitieren nur die Rüstungskonzerne. Es braucht einen Politikwechsel – für gewalt-

freie Konfliktlösung, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation. Daher rufen wir bundesweit zu Protesten auf: Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder, Frieden jetzt!

Wir fordern:

- Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!
- Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen zur Deeskalation genutzt werden! Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt das Ziel.
- Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an der Grenze von Russland und NATO-Mitgliedsstaaten.
- Geflüchtete schützen – Grenzen auf! Abschiebungen und Pushbacks aus der EU in die Krisenregion müssen sofort gestoppt werden. Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern.
- Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmachtpolitik!

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de

V.i.S.d.P. Jörg Schindler



Macht mit! Macht mit! Macht mit! Macht mit!

Am **19. März 2022** zum **Internationalen Tag gegen Rassismus** veranstalten wir an verschiedenen Orten in Marzahn-Hellersdorf einen Subbotnik*. Wir sammeln Müll auf, verschönern unsere Umgebung, säen und pflanzen Blumen, entfernen Dreck und Hetze.

Gemeinsam starten wir an folgenden Stationen:

- **10 Uhr Kiezgruppe am Jugendklub Klinke**
— Subbotnik* in der Bruno-Baum-Straße
- **10 Uhr FreiwilligenAgentur, GU Murtzener Ring, MuRInka, DGB, BENN Marzahn-Süd** — Subbotnik* im Springpfuhlpark
- **10 Uhr Selbsthilfekontaktstelle, Alt-Marzahn 59 A**
— Subbotnik* im Hof
- **10 Uhr Stadtteilzentrum Marzahn- Mitte und machBar37**
— Subbotnik* Marzahner Promenade
- **10 Uhr DRK-Nachbarschaftszentrum Sella-Hasse-Str. 19/21**
— CleanUp im Kiez Mehrower Allee und Bürgerpark.
- **9 Uhr Wuhletal-Paten Wuhletal-Seite am Kaulsdorfer Friedhof**
- **10 Uhr DIE LINKE Waldpromenade/ Hultschiner Damm** — Reinigung der Waldpromenade
- **11 Uhr pad-Parkmanagement** Parkplatz am Kino „Kiste“ — Subbotnik* rund ums Kino und am Hügel vom Spielplatz Sebnitzer Str.

- **11 Uhr — CleanUpMaHe** Parkplatz U- Bhf Hellersdorf gegenüber FitX
- **14 Uhr Bündnisgrüne** Körnerplatz in Kaulsdorf
- **15 Uhr DIE LINKE** Carola-Neher- Str./Maxie-Wander-Str. — Subbotnik* im Wohngebiet

Schon am 18.03., 12 Uhr BENN GU, Rudolf-Leonhardt-Str. — Verschönerung durch Hochbeete und Pflanzen

Weitere interessante Veranstaltungen unter:
<https://buendnis.demokratie-mh.de/termine-aktuelles/>

Wir machen mit:



* freiwilliger Arbeitseinsatz

Petra Pau (MdB): Vernunft statt Militär

Nicht auszuschließen, dass dann, wenn diese Gedanken gedruckt vorliegen, die internationale Lage rund um den Krieg Russlands gegen die Ukraine schon wieder eine andere ist, eine noch schlimmere.

Eines bleibt allerdings: Der Aggressor ist Putin und sein Militärklüngel kreuzgefährlich und verantwortungslos. Dahinter passt kein „Aber“.

Als Russland die Ukraine überfiel, schrieb ich: „Ich bin mit dem Lied »Meinst Du die Russen wollen Krieg?« großgeworden.“ Nun also doch! Ich nehme den Eintrag zurück und werde ihn auch nicht wiederholen.

Denn Putin ist nicht „die Russen“, und ich habe große Hochachtung vor jenen Bürgerinnen und Bürgern in Russland sowie Russinnen und Russen, die hierzulande gegen Putins Krieg aufstehen. In Russland riskieren sie dafür scharfe staatliche Repressalien und erleiden sie.

Am 27. Februar gab es eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages. Das war ein Sonntag, ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Alle Parteien, von CSU bis LINKE, waren sich einig, dass die russische Aggression zu verurteilen ist. Zwischendurch verließen ich und weitere Abgeordnete der LINKEN die parlamentarische Debatte. Geschätzt 500.000 Bürgerinnen und Bürger demonstrierten auf der „Straße des 17. Juni“ gegen russische Kriegstreiber. Wir wollten dabei sein. Zurück im Parlament wurden dann doch parteipolitische Differenzen offenbar, gravierende.

Als Putins Militaristen die Ukraine überfielen, lag nahe, dass sich die NATO als Friedensbringer heiligen werde. Die Geschichte belegt, allemal mit Blick auf die USA, zwar das Gegenteil, aber das gerät aktuell aus dem medialen Blick.

Meine zweite Befürchtung war, dass nun jene Aufwind gewinnen, die auf Hochrüstung setzen. Und genau so kam es: von CSU bis Grüne.

Der deutsche Militäretat soll von bislang zirka 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 2 Prozent angehoben werden. Das wären jährlich rund 40 Milliarden Euro mehr, Tendenz steigend. Mit dieser Summe könnte man die Löhne bzw. Gehälter in systemrelevanten Berufen um 1.000 Euro monatlich aufstocken. Zudem könnte man je 50.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, 50.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten sowie 50.000 zusätzliche Pflegerinnen und Pfleger einstellen. Außerdem könnten 50 neue Theater eröffnet und noch mehr Jugendklubs subventioniert werden.

Stattdessen soll das Geld im Militärischen verpulvert werden. Obendrein geht es um weitere 100 Milliarden Euro, mit denen die Bundeswehr hochgerüstet wird - wieder mit Zustimmung der Grünen. Und, auch das ist neu: Deutschland darf nunmehr Kriegsgerät in Krisengebiete schicken. DIE LINKE indes bleibt dabei: Abrüstung ist das Gebot der Stunde, politisch, ideologisch, waffentechnisch.

Prof. Dr. Gerhard Trabert: Kandidat der LINKEN

Jan Korte über Gerhard Trabert, den „Arzt der Armen“, der am 13. Februar dieses Jahres in der Bundesversammlung für DIE LINKE für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte:

„Als ich vor einigen Monaten gefragt wurde, ob DIE LINKE eine Gegenkandidatin oder einen Gegenkandidaten zum wieder kandidierenden Frank-Walter Steinmeier für das Amt des Bundespräsidenten aufstellen würde, war ich zunächst einmal skeptisch. Denn dafür braucht es absolut überzeugende Menschen. Da das Auseinanderklaffen von Arm und Reich in der Gesellschaft, für das Steinmeier als Mitarchitekt der Agenda 2010 eine Verantwortung trägt, in der Corona-Krise immer krasser wurde, war DIE LINKE jedoch gefordert. Wir mussten eine soziale Alternative bieten und einen Gegenkandidaten finden, der ganz klar für mehr soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität steht. Das ist uns eindeutig mit Gerhard Trabert, dem „Arzt der Armen“, gelungen und darüber bin ich sehr froh. Gerhard ist parteilos, aber parteiisch für die Ausgegrenzten und Benachteiligten und ein toller Typ. Total bescheiden und alles andere als abgehoben und gleichzeitig scheut er sich aber nicht die großen Fragen zu stellen. Er weiß, dass er keine Chance mit seiner Kandidatur hat, gewählt zu werden - aber er nutzt sie um insbesondere die drängenden Themen soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung von Armut in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.“

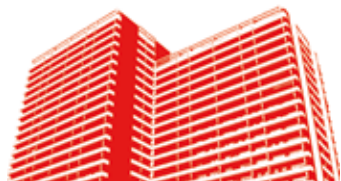
Gerhard Trabert ist Professor für Sozialmedizin, eloquent und voller Wissen. Vor allem aber ist er seit 30 Jahren ein Praktiker mit einem umfassenden und nicht national verengten Begriff des Sozialen. Als engagierter Allgemein- und Notfallmediziner ist er mit seinem Arztmobil unterwegs und versorgt mit dem Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“ obdachlose und nichtkranken-



versicherte Menschen. Daher weiß er, dass die Corona-Pandemie gerade für wohnungslose Menschen wirklich eine Katastrophe ist. Er braucht keine Studien, um einen Begriff davon zu bekommen, was es heißt, dass Arme eine viel höhere Infektionsrate und auch schwerere Krankheitsverläufe als Wohlhabendere haben, denn das erlebt er tagtäglich. Mit Seawatch rettete er auf dem Mittelmeer Flüchtlinge vorm Ertrinken. Bei zahlreichen Auslandseinsätzen, die ihn um die halbe Welt und in zahlreiche Krisengebiete und Flüchtlingslager führten, hat er Solidarität und Internationalismus praktisch werden lassen.

Mit seinen Beiträgen der letzten Wochen hat er schon erreicht, dass das Thema soziale Ungleichheit wieder stärker in die politische und öffentliche Diskussion gerückt wird. Allein dafür hat sich seine Kandidatur schon gelohnt.“

Am 13. Februar wählte die 17. Bundesversammlung erwartungsgemäß Frank-Walter Steinmeier (SPD) zum Bundespräsidenten. Die Unterstützung durch die Ampel-Koalition sowie CDU/CSU hat es möglich gemacht. Dennoch konnte der Kandidat der LINKEN, Gerhard Trabert, einen Achtungserfolg erreichen. 71 Mitglieder konnte DIE LINKE in die Bundesversammlung entsenden, 96 wählten am Ende Gerhard Trabert. Dies ist ein starkes Ergebnis und auch ein starkes Signal für einen Kandidaten, der für eine solidarischere und gerechtere Gesellschaft steht. Nach den Wahlen sprach Bundespräsident Steinmeier eine Einladung an Gerhard Trabert aus. Er will sich mit ihm künftig gemeinsam gegen Obdachlosigkeit engagieren.



Qualität der bezirklichen Wohnungslosenunterkünfte

Bericht zur außerordentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 10. Februar 2022

Bezirkshaushalt 2022/23

In der ersten von zwei außerordentlichen Sitzungen der BVV ging es um den Haushaltsplan des Bezirkes für die Jahre 2022 und 2023. Für dieses Jahr stehen 823 Millionen Euro und für das kommende Jahr 818 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung. Laut Bezirksbürgermeister Gordon Lemm (SPD) wurden die Haushaltsmittel vom Senat gekürzt, wodurch nun ein Defizit von ca. 16 Millionen Euro auszugleichen ist. Durch Einsparungen in Bereich wie Personal, Sach- und Transferausgaben können bislang 9,4 Millionen Euro eingespart werden. Die verbleibende Summe muss später abgebaut werden. Lemm versicherte weiterhin, dass in Bereichen wie Schule, Jugend, Familie und auch in den Planungen für das Freibad keine Einsparungen vorgenommen wurden. Unser haushaltspolitischer Sprecher Klaus-Jürgen Dahler kritisierte die Kürzungen des Senats. Gegebenenfalls müsste politischer Druck durch die BVV ausgeübt werden, damit einige Kürzungen vielleicht zurückgenommen werden können.

Wohnungslosenunterkünfte in Marzahn-Hellersdorf

Mit einer Großen Anfrage wollten wir in Erfahrung bringen, wie es um die Qualität der bezirklichen Wohnungslosenunterkünfte, die in Trägerschaft geführt werden, steht. Unsere Fraktionsvorsitzende Sarah Fingarow kritisierte, dass die Qualitätserfassung in den Unterkünften zu allgemein und rudimentär erfolgt. Bewohner*innen würden beispielsweise nicht befragt werden. Weiterhin gäbe es in den landeseigenen Unterkünften deutlich strengere Qualitätskontrollen, in denen auch die Bewohner*innen befragt und Integrationsmaßnahmen für geflüchtete Bewohner*innen geprüft werden. Die bezirklichen Unterkünfte von Trägern hätten deutlich schlechtere Standards, wodurch auch die Integration der Bewohner*innen leidet. Nadja Zivkovic (CDU), Bezirksstadträtin für Soziales, erklärte, dass es Mindeststandards für nicht vertragsgebundene Wohnungslosenunterkünfte durch das LaGeSo gäbe. Jedoch sei die Qualität unterschiedlich. Sie versprach, dass sie die Qualitätsunterschiede noch einmal prüfen wolle.

Biesdorfer Baggersee

Unser Antrag zur Zukunft des Biesdorfer Baggersees aus der vergangenen Wahlperiode sorgte erneut für hitzige Diskussionen innerhalb der BVV-Sitzung. Ursprung des Antrags waren Maßnahmen der Bezirksstadträtin Zivkovic, die Beschlüssen der BVV entgegenstehen. Die Beschlüsse, wie z.B. eine Arbeitsgruppe für die bezirklichen Seen zu gründen, wurden ignoriert und Tatsachen wurden an der BVV vorbei geschaffen. Nichtsdestotrotz plädierte unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein für einen erneuten Diskurs in den neuen Ausschüssen,



damit ein weiterer Fahrplan für den Biesdorfer Baggersee erarbeitet werden kann.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Natur, Tier- und Artenschutz, Verkehr (einschließlich Veterinäraufsicht) überwiesen.

Beschlossene Drucksache (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Bessere Ausstattung für die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf (überfraktionell)

ELLEN WERNING

Liebensteiner Promenade muss endlich fertiggestellt werden

In der Liebensteiner Straße in Marzahn-Nord setzen sich die Anwohnerinnen und Anwohner seit Jahren für eine Verbesserung des Wohnumfeldes ein. Die dortige Brunnenanlage wurde stillgelegt, Gehwegplatten sind defekt und es fehlt an Aufenthaltsqualität. Bisherige Versuche, finanzielle Mittel für die Aufwertung der Promenade zu erhalten, sind gescheitert.

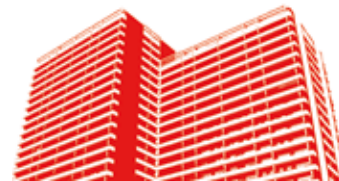
Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf hat deshalb das Bezirksamt mit einem Antrag dazu aufgefordert, Fördermittel zur Fertigstellung der Liebensteiner Promenade zu akquirieren. In der Sitzung der BVV am 24. Februar wurde dieser beschlossen. Ein Nachbarschaftsdialog für den Kiez soll zudem helfen, die bestehenden Konflikte rund um die Themen Lärm und Nutzung der Frei- und

Grünanlagen zu lösen. Ein gesonderter Antrag für ein solches Instrument wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Gleichstellung, Bürgerbeteiligung- und -mitsprache, gesellschaftliche Vielfalt überwiesen.



Unser Ziel ist es, die Wohn- und die Aufenthaltsqualität vor Ort für die Anwohnerinnen und Anwohner verbessern. Essenziell dafür sind die Einbeziehung der Brunnenanlage in die Gestaltung des Gebiets, die Reparatur der defekten Gehwegplatten sowie die Pflege der Grünanlagen. Für weitere Ideen setzen wir vor allem auch auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

BJOERN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender und
stadtentwicklungspolitischer Sprecher



Bezahlbares Wohnen – Prüfung von Milieuschutzgebieten im Bezirk

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 24. Februar 2022

Schulreinigung wieder in kommunale Hand!

Bereits in der vergangenen Wahlperiode wurde unser Antrag zur schrittweisen Rekommunalisierung der Schulreinigung in Marzahn-Hellersdorf beschlossen. Ziel ist es, die Privatisierung, die vor über 10 Jahren erfolgt ist, rückgängig zu machen. So wollen wir die Qualität der Schulreinigung erhöhen sowie faire und gute Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte schaffen.

Da die Rekommunalisierung schnellstmöglich erfolgen und zum Schuljahr 2025/26 abgeschlossen sein soll, erkundigten wir uns mit unserer Priorität um den aktuellen Stand. Dabei betonte unsere bildungspolitische Sprecherin Regina Kittler, wie wichtig Sauberkeit und Hygiene an den Schulen für Personal und Schüler*innen sind. Schulstadtrat Dr. Torsten Kühne (CDU) sprach zwar von einem



Fachgespräch mit ver.di, welches vor Kurzem stattfand, jedoch steht die Unterstützung des Senats noch aus. Er hofft, dass die entsprechenden Mittel noch für den Haushalt 2022/23 vom Senat bereitgestellt werden. Eine Planungssicherheit gäbe es derzeit aber nicht.

Milieuschutzgebiete in Marzahn-Hellersdorf

Wohnen muss bezahlbar bleiben – auch in unserem Bezirk. Doch auch hier nimmt die Verdrängung durch steigende Mieten zu. In anderen Berliner Bezirken gibt es deshalb bereits sogenannte Milieuschutzgebiete. Der Milieuschutz wird auch „soziales Erhaltungsrecht“ genannt und hat zum Ziel, den vorhande-

nen Wohnungsbestand zu sichern, damit Bürger*innen dort bleiben können, wo bereits entsprechende Infrastruktur besteht. Marzahn-Hellersdorf ist einer der wenigen Bezirke, der noch keine Milieuschutzgebiete ausgewiesen hat. Entsprechend haben wir in dieser Sitzung einen Antrag gestellt, um zu prüfen, ob solche Milieuschutzgebiete im Bezirk ermöglicht werden können. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung überwiesen.

Spenden- und Suppenaktionen des DRK

Regelmäßig veranstaltet das DRK Berlin Nordost e.V. Spendenaktionen mit warmer Mahlzeit im Anschluss für hilfsbedürftige Menschen auf dem Helene-Weigel-Platz in Marzahn. Besonders in diesen Pandemiezeiten sind diese Aktionen für viele finanziell schwache Menschen eine große Hilfe. Um diese Spendenaktionen weiterzuführen, braucht das DRK aber zusätzlich ca. 6.000 Euro jährlich. Entsprechend haben wir einen dringlichen Antrag gestellt, damit die benötigte Summe noch in den Haushalt für 2022/23 aufgenommen wird.

Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Beschlossene Drucksachen (mit Beteiligung) der Linksfraktion:

- Eltern Zutritt zu Kita gewähren
- Informationen über Baumfällungen
- Milieuschutzgebiete in Marzahn-Hellersdorf
- Wahl von Bürgerdeputierten
- S-Bahnhöfe schnell und barrierefrei modernisieren
- Liebensteiner Promenade fertigstellen, Wohn- und Aufenthaltsqualität im Kiez verbessern

ELLEN WERNING

Öko-Toilette für den Spielplatz am Kaulsdorfer Wilhelmsplatz

Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat unsere Fraktion eine Initiative gestartet, um öffentliche Toiletten auf Spielplätzen zu installieren. Die Wahl fiel hierbei auf sogenannte Komposttoiletten. Anders als bei Wassertoiletten oder den bekannten Baustellentoiletten bedürfen die Komposttoiletten keines Wasseranschlusses und müssen nicht mit Chemikalien gereinigt werden. Hinzu kommt, dass die Ausscheidungen – wie der Name bereits sagt – anschließend kompostiert und die entstandene Komposterde zur Herstellung von Düngemittel verwendet wird. Somit sind die Toiletten vollkommen ökologisch. Der Kompostierungsvorgang hat zudem den netten Nebeneffekt, dass die Toiletten kaum nach Ausscheidungen riechen. Ohnehin sind sie wesentlich leichter zu installieren als benannte andere Varianten.

Mit dem Beschluss unseres damaligen Antrages sollte genauso eine Toilette auf dem Ulmen-Spielplatz in Kaulsdorf aufgestellt werden. Eltern-Initiativen unterstützen unsere Idee. Jedoch hat die damals zuständige Bezirksstadträtin Zivkovic (CDU) den Antrag übergangen und stattdessen eine Wall-Toilette dort hingestellt. Das ist für uns nicht tragbar, da Frauen für deren Benutzung bezahlen müssen, während Männer ein kostenloses Pissoir nutzen können.



Öffentliche Toiletten sollten für alle Menschen kostenlos sein. Damit schließen wir uns der Initiative „Umsonst pinkeln für alle!“ unserer Genossin Katalin Gennburg aus Treptow-Köpenick an, die fordert, dass es berlinweit öffentliche und vor allem kostenlose Toiletten gibt.

Nachdem das Pilotprojekt am Ulmen-Spielplatz nicht umgesetzt werden konnte, setzen wir uns nun für eine Öko-Toilette auf dem Spielplatz am Wilhelmsplatz in Kaulsdorf ein. Der Wunsch nach einer Toilette an diesem Ort besteht für viele Anwohner*innen schon sehr lange. Dieser musste versagt werden, da der Standort technisch nicht für eine Wall-Toilette geeignet ist. Wir setzen uns nun für eine nachhaltige Alternative ein und hoffen gleichzeitig, dass dies in Zukunft nicht der einzige Standort sein wird.

STEFANIE

WAGNER-BOYSEN

Sprecherin für Umwelt und Klimaschutz



Neues aus Marzahn-Mitte

Südliche Fußgängerbrücke am S-Bahnhof Marzahn

Die südliche Fußgängerbrücke am S-Bhf. Marzahn wurde im Dezember 2021 abgerissen. Die Kosten für den Rückbau belaufen sich auf 225.000 Euro. Der Ersatzneubau der Fußgängerüberführung wird durch die DB Netz AG geplant. Ursprünglich war nur ein Neubau über das stadtauswärtsführende S-Bahngleis bis zum Mittelbahnsteig vorgesehen. Der Senat hält jedoch die Verlängerung der Fußgängerüberführung vom Mittelbahnsteig Richtung Westen mit Anbindung an den Wiesenburger Weg für erforderlich. Die Erweiterung der neuen Fußgängerüberführung Richtung Westen wurde deshalb bei der DB AG bestellt. Um die Barrierefreiheit zu gewährleisten, wurde zusätzlich die Errichtung von drei Aufzügen an der südlichen Fußgängerüberführung bei der DB AG bestellt. Der Zeit- und Kostenplan der Baumaßnahme wird aktuell erarbeitet.

Aktuelle Schulplatz-Situation in Marzahn-Mitte und Marzahn-Süd

Auch in Marzahn-Mitte (3,8 Prozent) und Marzahn-Süd (4,9 Prozent) sind in den letzten Jahren die Schülerzahlen im Grundschulbereich weiter gestiegen. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Auch in den Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien der Bezirksregionen ist der Bedarf weiter steigend. Um den wachsenden Bedarf an Schulplätzen zu decken, ist deshalb eine Reihe an baulichen Maß-

nahmen geplant oder bereits in Umsetzung. So erhält zum Beispiel das Tagore-Gymnasium einen Modularen Ergänzungsbau (MEB) mit Mensa, die Grundschule an der Mühle erhält ebenfalls einen MEB sowie Übergangsräume auf dem Schulhof. Auch die Grundschule unter dem Regenbogen er-



An dieser Stelle wäre ein Fußgängerüberweg sehr wichtig!

hält einen MEB und die Grundschule an der Geißenweide erhält ebenfalls einen MEB mit Mensa. Daneben sind zwei Schulneubauten geplant: An der Bitterfelder Straße/Otto-Rosenberg-Straße wird eine neue Integrierte Sekundarschule (ISS) mit Typensporthalle in Holzbauweise entstehen. Außerdem wird eine neue Grundschule mit Typensporthalle in der Bruno-Baum-Straße errichtet. Diese wird in Amtshilfe durch die Senatsverwal-

tung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenSBW) umgesetzt. Es handelt sich um eine von fünf Holzmodulschulen, die in Marzahn-Hellersdorf errichtet werden sollen. SenSBW erstellt derzeit die standortneutralen Typen-Erweiterten Vorplanungsunterlagen (Typen3 EVU). Im Anschluss erfolgt im Laufe des Jahres 2022 die Vergabephase für den Generalunternehmer und die Erstellung der Standort-Erweiterten Vorplanungsunterlagen (Standort-EVU).

Fußgängerüberweg in der Marzahner Promenade 30

Seit Jahren wird dafür gekämpft, dass die gefährliche und unübersichtliche Verkehrssituation in der Marzahner Promenade entschärft wird. Dazu gibt es nun erfreuliche Neuigkeiten:

Der geplante Fußgängerüberweg auf Höhe der Marzahner Promenade 30 ist mittlerweile von der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und

Klimaschutz bestätigt worden. Es kann aber erst gebaut werden, wenn die anliegende Bushaltestelle versetzt worden ist. Für die Umsetzung der Bushaltestelle wartet der Fachbereich Straßen des Bezirksamts aber noch auf die notwendigen Gelder der zuständigen Senatsverwaltung. Sobald es Neuigkeiten zu den weiteren Entwicklungen gibt, werden wir wieder informieren.

STEFFEN OSTEHR

Kristian Ronneburg (MdB):

Schleipfuhl und Feldweiher werden ökologisch aufgewertet

Die Errichtung der neuen Stadtquartiere ist an die Bewältigung vielfältiger Erfordernisse gebunden, wie die Kompensation der durch die Planungen ausgelösten Umweltfolgen. Die Umsetzung der geplanten Bauvorhaben lässt erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft erwarten und nicht alle Eingriffe können unmittelbar im Plangebiet ausgeglichen werden. Für zu erwartende Eingriffe durch Gebietsentwicklungen von gesamtstädtischer Bedeutung hat der Berliner Senat daher das thematische Programm „Ökologische Aufwertung von kleinen Fließ- und stehenden Gewässern und Feuchtgebieten“ (Blaue Perlen) entwickelt. In einem ersten Schritt will der Senat zwei Pilotgewässer mit ihren Biotopen aufwerten. Damit sollen mit der Entwicklung der Stadtquartiere gleichsam die städtische

Lebensqualität durch die ökologische Aufwertung der grünen Infrastruktur und Erhaltung der Artenvielfalt gestärkt werden. Ein Pilotprojekt soll in Marzahn-Hellersdorf am Schleipfuhl/Feldweiher



(unser Foto) umgesetzt werden. Die hydrologische Situation der beiden Gewässer hat sich vor allem durch den Bau der Großsiedlung Hellersdorf verändert. Der größte Teil des ursprünglichen Einzugsgebietes wurde versiegelt. Niederschlag wird über die Regenkanalisation abgeführt und

steht dem Gebiet nicht mehr zur Verfügung. Der Feldweiher erfüllt seine gewässertypischen Funktionen nicht, da er seit Jahren trockengefallen ist, während der Schleipfuhl über die Einleitung von

Regenwasser einer benachbarten Schule gestützt und zusätzlich bei Bedarf einmal jährlich über Brunnenwasser aufgefüllt wird.

Ziel der Maßnahme ist es, den Gebietswasserhaushalt durch die Zuführung von Regenwasser aus den umliegenden Wohngebieten über die Versickerung auf der Fläche des Feldweiher zu stärken, sodass eine temporäre Wasserführung im Feldweiher erreicht und der Wasserhaushalt insgesamt stabilisiert wird. Durch weitere Maßnahmen, wie die Entwicklung von Hochstauden/Röhricht oder die Anlage von Habitaten sollen die vorhandenen Biotope angereichert und standorttypische Flachwasserbereiche hergestellt werden. Damit wird einerseits der Biotopverbund gestärkt und andererseits eine Verbesserung des Landschaftsbildes und damit der Erholungsfunktion bewirkt.

Die Folgen für die Umwelt müssen beim Bau neuer Stadtquartiere zwingend berücksichtigt werden. Wir alle wollen auch künftig noch in einer lebenswerten Stadt wohnen. Umso wichtiger ist es, dass das Land Berlin Vorsorge für erhebliche städtebauliche Eingriffe trifft und Gewässer gezielt ökologisch aufwertet. Mit den Maßnahmen am Schleipfuhl und Feldweiher leisten wir in Marzahn-Hellersdorf einen positiven Beitrag für die Entwicklung unseres Mikro- und Bioklimas, für den städtischen Wasserhaushalt, den lokalen Bodenwasserhaushalt und die Erhöhung der Biodiversität.

Gesamtmitgliederversammlung der WK 1 und 2:

Linke Politik im EU-Parlament

An der hybriden¹⁾ Versammlung (¹⁾Teilnehmen war durch persönliche Anwesenheit und per Videozuschaltung möglich) am 21. Februar 2022 nahmen insgesamt mehr als 30 Genoss*innen und Sympathisant*innen teil. Eingeladen war zum Gespräch mit unserer Abgeordneten im EU-Parlament, Martina Michels. Sie konnte sich jedoch nur per Video-Botschaft von einer dringenden Dienstreise durch die von der Flut betroffenen Regionen in Deutschland, Belgien und Niederlande melden. Ihre Schwerpunkte der linken EU-Politik - diplomatische Lösung der Ukraine-Probleme, Arbeit an einer europäischen digitalen Agenda und Fragen der Zukunft der EU - wurden von ihren sie vertretenden Mitarbeiter*innen Konstanze Kriese und Jörg Bochmann aufgegriffen und weiter ausgeführt.

Vorweg, im Europäischen Parlament werden keine Gesetze beschlossen, sondern Anträge und Resolutionen, die dann an den Rat bzw. die Kommission weitergeleitet werden. So wurde der Antrag der Linken, die Patente für Corona-Impfstoffe freizugeben und Akteneinsicht in Verträge mit Pharmakonzernen zu bekommen, vom Parlament bestätigt. Die Kommission folgte dem jedoch nicht ... Auch die Forderungen der LINKEN für ein „mehr soziales Europa“ wie die Schuldenbremse im europäischen Maßstab aufzuheben, einen europäischen Mindestlohn einzuführen und Regeln für sogenannte „Plattformarbeiter“ zu schaffen, spielen in der Parlamentsarbeit eine große Rolle. Konstanze Kriese sprach davon, dass Resolutionen und Anträge oftmals in Kooperation mit den anderen Fraktionen erarbeitet werden und deutlich sozialer ausfallen als die nachfolgenden EU-Gesetz-

ze. Das betrifft u.a. auch die Reproduktionsrechte von Frauen - müssen sie Kinder austragen oder nicht? Bereits seit 2014 wendet sich das Europäische Parlament gegen rigide Abtreibungsregeln in verschiedenen europäischen Staaten, darunter Deutschland.

Gefragt zur Haltung in der schwierigen Situation



Ukraine - Russland antwortete Konstanze Kriese, dass es immer wieder darum geht, ein europä-

sches Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland zu sichern. Es gab dazu grundsätzliche Diskussionen im Parlament, in denen sich die Vertreter der deutschen LINKEN nicht einseitig positionierten, sondern Lösungen auf dem Verhandlungsweg forderten. Sie gingen davon aus, dass Russland Stärke zeigen will und keinen Krieg beginnen wird. Letzteres wurde nun gründlich widerlegt, aber die Lösung - Waffenstillstand und Aufnahme von Verhandlungen - ist nun wichtiger denn je.

HILKA EHLERT

Wer mehr lesen möchte - hier gehtes zum Download der Zeitschrift:

<https://www.dielinke-europa.eu/de/topic/1148.ausgabe-18-2020.html>



Aus dem Bezirksvorstand: Kleine weiße Friedenstaube ...

... gib die Hoffnung nicht auf, fliege weiter übers Land und lass Dich nicht in Deiner Mission aufhalten! So wollen auch wir weiter arbeiten - für den Frieden!

Friedensstiftung muss schon im vermeintlich Kleinen, direkt vor der Haustür beginnen - und in unserem konkreten Falle im Wahlkampf für unseren Wahlkreis (WK) 1 im Marzahn-Hellersdorfer Norden. Eines hat nicht zuletzt der vergangene Wahlkampf gelehrt: Eine Vor-Ort-Präsenz ist essentiell, um als LINKE, für Partei und Bevölkerung sichtbar, bürgerlich und ansprechbar zu sein. So plant der



Bezirksvorstand (BV) das Auftreten prominenter Genoss*innen im WK 1 zur solidarischen, publikumswirksamen Unterstützung unseres Genossen Björn Tielebein. Auf bezirkspolitischer Ebene sind Gespräche mit demokratischen Parteien angestrebt. Doch wengleich die Übersicht der Wahleinsprüche seitens des Landesverfassungsge-

richts nun vorliegt, ist ein Termin für die Entscheidung in der Sache - und somit ein koordinierbarer Wahlkampfzeitplan - nicht absehbar. Mit dem Landesverband sind gemeinsame Beratungen hinsichtlich einer politisch und inhaltlich zielführenden Strategie vorgesehen.

Auch die Initiative Deutsche Wohnen & Co. entgegen verfolgt ihre Strategie. Ein erstes Treffen der örtlichen Gruppe im noch jungen Jahr 2022 fand bereits statt. Hierbei kristallisierte sich heraus, dass die Teilnahme an einer Expertenkommission des Senats mehrheitlicher Konsens ist. Im Land führt die Initiative zudem

separate Gespräche mit den demokratischen Parteien. Treffen mit LINKEN und den Grünen brachten bereits sehr großen Konsens zutage. Für Ende Mai ist eine internationale Vergesellschaftungskonferenz vorgesehen. Um auf all diese Aufgaben vorbereitet zu sein, soll und muss die örtliche Gruppe verstärkt werden. Der BV wird sich daher auch in diesem Jahr re-

gelmäßig einen Überblick über die Aktivitäten der Initiative verschaffen und sich mit dem Stand der Umsetzung des Volksbegehrens beschäftigen.

Selbstverständlich soll zuvor Anfang Mai auch wieder gefeiert werden - der Tag der Arbeit. Unser BV-Mitglied Norbert Seichter hat hierfür die Organisation der Feierlichkeiten federführend übernommen. Ort und genaue Zeit sind bereits fixiert: 1. Mai; Barnimplatz, 14 bis 18 Uhr. Am Programm wird noch fleißig gefeilt. Zudem soll auch in diesem Jahr zusätzlich zur Festivität eine organisierte Fahrradtour durch unseren Bezirk stattfinden. Aktionen wie diese müssen helfen, noch mehr Bürger*innen für DIE LINKE und/oder friedenspolitisches Denken zu interessieren. Die Verbreitung des Friedensgedankens sind wir nicht nur der kleinen Taube schuldig.

Um den Bericht aus dem BV zu vervollständigen, seien abschließend noch Themen erwähnt, die uns in letzter Zeit beschäftigten: die Erarbeitung des Haushaltes für den Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf sowie Finanzpläne 2022 für den Landes- und Bezirksverband mit Besuch der Landesschatzmeisterin Annetta Juckel.

KARIN MÜLLER und UWE WOLLMERSTÄDT

Veranstaltungen

Unternehmerfrühstück

» 11.3., 9 Uhr, Unternehmerfrühstück mit Dr. Gesine Löttsch (hybrid). Der Link zur Veranstaltung wird noch bekanntgegeben und kann ab 1.3. auch im Wahlkreisbüro von Petra Pau erfragt werden.

Landesparteitag

» 2.4., 10 - 17.15 Uhr, Berlin, Estrel Congress Center, 3. Tagung des 8. Landesparteitags: Damit Berlin das Zuhause für alle bleibt. Tagesordnung und weitere Informationen: dielinke.berlin/parteitag/8/3-tagung-des-8-landesparteitags/

Vorankündigung

Hauptversammlungen

» 23.4., 10 Uhr, Zirkus Cabuwazi, Otto-Rosenberg-Str. 2, 12681 Berlin
» 17.9., 10 Uhr, Zirkus Cabuwazi, Otto-Rosenberg-Str. 2, 12681 Berlin

Politische Bildungsangebote und vieles mehr bei:

<https://www.rosalux.de/>

<https://www.kommunalpolitik-berlin.de/>

<https://www.helle-panke.de/>

„In der Verantwortung realisiert sich beides, Gehorsam und Freiheit. Sie trägt diese Spannung in sich. Jede Verselbständigung des einen gegen das andere wäre das Ende der Verantwortung.“

*Dietrich Bonhoeffer
evangelischer Theologe, Widerstandskämpfer,
geboren 1906 in Breslau; hingerichtet 1945 im KZ Flossenbürg*

Hinten links: Berlin zieht an

Jeder sechste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Berlin (> 262.000) hat einen ausländischen Pass, die meisten einen türkischen oder polnischen. 27 % dieser Ausländer arbeiten hier als IT- Fachkräfte, sind im Durchschnitt weiblich, 34 Jahre alt, alleinstehend, fünf Jahre erfahren im Beruf und verdienen mehr als 60.000 Euro im Jahr. Fünf von sechs haben einen Universitätsabschluss. Etwa jeder dritte in Deutschland Studierende bricht das Studium ab. Deren Weg führt in die Wirtschaft, meist um eine Ausbildung zu beginnen. Die Studienabbrecher zählen dann zu den besten Azubis.

Der hiesige Arbeitsmarkt entwickelte sich stärker als in allen anderen Bundesländern. Das Berliner BIP-Wachstum 2021 schätzt die IBB auf rund 3 % - mehr als vor Corona. Maßgeblich dazu bei trugen zwei in Berlin überproportional vertretene Branchen:

die Pharmaindustrie und der IT- und Kommunikationssektor.

In die Berliner Start-up-Szene flossen 2021 rd. 10,5 Milliarden Euro - das sind 60 % aller diesbezüglichen Investitionen (Privatkapital und staatliche Fördergelder) in ganz Deutschland. Allein 861 Millionen Euro bekam im September der Lieferdienst Gorillas - die „start ups“ in Bayern zusammen 4,4 Mrd. Euro. Für den Zeitraum von 2017 bis 2030 erwartet die Industrie- und Handelskammer (IHK) einen Bevölkerungszuwachs von knapp 10 % auf dann fast vier Millionen Einwohner. Der Koalitionsvertrag sieht adäquat den Neubau von 100.000 Wohnungen vor.

Frage:

Wie und was wird die Berliner Regierungskoalition den massiven Baupreissteigerungen und der Inflation bei den Lebenshaltungskosten entgegenzusetzen haben?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» 22.3., 12.4., 26.4. jeweils 19 Uhr, per Videokonferenz

Basis-Koordinierungsberatungen

» 6.4., 18 Uhr, BO WK 4
» 6.4., 19.30 Uhr, BO WK 3 und WK 6
» 9.3., 17 Uhr, BO WK 5
» 12.4., BO WK 2

(den jeweiligen Ort bitte erfragen)

Treffen im Wahlkreis 4

» 9.3., 18 Uhr, GMV, Treffen im Wahlkreis 4, Genaueres erfragen

Treffen im Wahlkreis 5

» 23.3., 18 Uhr, Sportlerklause Kaulsdorf (Adolf-Menzel-Straße 72, 12621 Berlin): Veranstaltung des Wahlkreises 5 mit Katina Schubert, Landesvorsitzende, zu den Briefen von Christa Luft und Hans Modrow. Hybridveranstaltung, Zugangsdaten können in der Geschäftsstelle erfragt werden

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 9.3., 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12, telefonische Anmeldung bitte unter: 030 22771098

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buerro@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis. E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere Öffnungs- zeiten:	Montag:	10 - 17 Uhr
	Dienstag:	coronabedingt geschlossen
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	coronabedingt geschlossen

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.
Layout: Yvette Rami; **Fotos:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Pixabay, Linksfraktion im Bundestag, Bjoern Tielebein, Hilka Ehler, privat, Thomas Braune, Olaf Krostitz, Michael Volkert
Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 04.03.2022, **Auslieferung ab 10.03.2022**

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Die nächste Ausgabe erscheint am **14.04.2022 (Anlieferung aus Druckerei).**